Nr. 27
41. Jahrgang

Der Schuhmacher

29. Juni
1927

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher
zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher; Sitz Hamburg 6

Erscheint Mittwochs. Redaktionsschluß: Sonntag
Inserate (nur berufliches) pro einspaltige Nonpareillezeile 40 Pfennig
Stellenvermittlungsanzeigen die Hälfte

Nürnberg, Essenweinstraße 1
Verantwortlich für die Redaktion: Otto Trefflich, Nürnberg
Fernruf 24403 Zahlungen: Postscheckkonto 23080, Exped. d. „Schuhmacher"

Für Nichtmitglieder nur Postbezug
Bezugsgeld vierteljährlich ℳ 1.50 ohne Bestellgeld
Anzeigenannahme und Expedition: Nürnberg 1, Essenweinstraße 1

Die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne

(Gegen die Ansichten der Cassel und v. Siemens.)

II.

Die Gewerkschaften vertreten den Standpunkt, daß hohe Löhne die Grundlage einer gesunden Wirtschaft sind und die Kraft in sich haben, diese Gesundung zu einer dauernden zu machen. Der Gewerkschaftskampf bewegt sich in dieser Richtung. Diese **theoretische Unterlage des gewerkschaftlichen Kampfes** wurde lange Zeit nur von den Arbeitern und einigen Eingangern der bürgerlichen Wissenschaft verfochten. In letzter Zeit sind auch zahlreiche Unternehmer zu dieser Ansicht gekommen. Allerdings weniger in Deutschland, sondern hauptsächlich in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Von den deutschen Unternehmern gibt es nur wenige, die die Ansicht des steigenden Volkswohlstandes durch hohe Löhne unterstützen. Den Unternehmern zur Seite stehen Wissenschaftler, von denen vor allen der schwedische Professor **Cassel** zu nennen ist. Dieser hat sogar die Tribüne der Weltwirtschaftskonferenz benutzt, um seine Theorie von der Schädlichkeit hoher Löhne an den Mann zu bringen. Von dem Führer der deutschen Delegation, dem bekannten Unternehmer **v. Siemens**, wurde Cassel in Genf unterstützt. Dieser sah sogar alles Unheil der Welt in der Kostensteigerung der Ware Arbeitskraft. Um diesen Meinungskampf erfolgreich führen zu können, ist es notwendig, den Standpunkt der Arbeiterklasse immer wieder zu betonen und Argumente zu dessen Richtigkeit heranzuholen. In diesem Meinungskampf ist den Gewerkschaften ein wertvoller Bundesgenosse in Gestalt eines Buches entstanden. Im Verlage der Heidelberger Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Heidelberg, erscheint zur Zeit ein Buch, dessen Titel mit der Ueberschrift dieses Artikels übereinstimmt. Diese theoretisch gründliche Arbeit über die volkswirtschaftliche Funktion hoher Löhne stammt von Dr. Karl **Massar** und ist eine erweiterte Preisarbeit der Universität Heidelberg. Daß eine solche Arbeit von der philosophischen Fakultät dieser Universität mit einem Preise bedacht wurde, ist zugleich ein ehrendes Zeugnis für dieses Institut. Die Schrift verdient es, in gewerkschaftlichen Kreisen in Massen verbreitet zu werden. Sie ist ein volkswirtschaftliches Lesebuch eines jeden Gewerkschaftsfunktionärs, das die Eigenschaft hat, die gewerkschaftliche Kleinarbeit mit neuem Leben zu befruchten. Das Buch dient den nachfolgenden Ausführungen zur Unterlage.

Eine Erhöhung der Löhne und Gehälter kann sich auf die **Konsumtion und Produktion verschieden auswirken**. Sie kann auf Kosten des Unternehmergewinns gehen, der von der Unternehmerklasse persönlich verzehrt wird. Was der Unternehmer zum persönlichen Gebrauch weniger hat, erhält der Arbeiter mehr. Die Einschränkung des Unternehmergewinns wird sich vor allen Dingen in einer Verminderung des Luxuskonsums auswirken. Bei den Arbeitern wird sie sich in einer Erweiterung des Bedarfskonsums bemerkbar machen. Eine Lohnerhöhung kann ferner direkt auf Kosten aller Konsumenten gehen, indem sie von dem Unternehmer auf die Preise geschlagen und damit die Ware verteuert wird. Die Frage der Abwälzung von Lohnerhöhungen auf die Konsumenten oder andere Schichten der Bevölkerung spielt in der Wirtschaftswissenschaft eine große Rolle. Im allgemeinen ist man der Ansicht, **daß jede Lohnerhöhung Preiserhöhungen nach sich ziehen müsse** und damit der Erfolg der ersteren umsonst gewesen sei. Ein Moment ist aber unter allen Umständen zu beachten: Erhält die große Masse der Bevölkerung mehr Kaufkraft, dann findet eine Erweiterung des Massenkonsums und eine Einschränkung des Luxuskonsums statt. Verschiebungen auf der Konsumseite haben Umlagerungen in dem Mechanismus der Produktion zur Folge.

Bezüglich der **Einwirkungen des gesteigerten Massenkonsums** und der damit geforderten Massenproduktion ist vor allem das Bestreben beachtlich, Verzeudung von Energien in der Produktion zu vermeiden und durch Einführung neuer und verbesserter Maschinen die Rentabilität des Betriebs zu heben. Kurzum es tritt das zutage, was wir mit dem Worte **Rationalisierung** bezeichnen. Hohe Löhne haben sich in Amerika und auch in Deutschland als der stärkste Motor der Rationalisierung gezeigt. **Gesteigerter Massenkonsum, erweiterte Massenproduktion und Rationalisierung** bilden eine Stufenfolge. Die Rationalisierung zeigt sich in der Verminderung der Arbeitskraft. Dadurch werden wirtschaftliche Erfolge in das Gegenteil verwandelt. Jede Ermäßigung des Lohnfonds durch Ausschaltung von Arbeitermassen bedeutet eine Verminderung der Kaufkraft und ist somit volkswirtschaftlich schädigend.

In der Frühzeit der kapitalistischen Entwicklung hat sich eine Erhöhung der Löhne in einer gewissen Verschwendung, z. B. einem höheren Konsum geistiger Getränke usw. ausgewirkt. Bei zunehmender Kultur der Arbeiterklasse hat eine Erhöhung des Einkommens in erster Linie eine bessere Lebenshaltung und die **Befriedigung kultureller Bedürfnisse** zur Folge. Ein Arbeiter, der auf Grund eines geringen Lohnes sich nur schlecht zu ernähren imstande ist, vermag nur verhältnismäßig wenig zu leisten. Die Familie eines solchen Arbeiters leidet Not und die Kinder wachsen zu nicht voll leistungsfähigen Arbeitskräften heran. Der **schlecht genährte Arbeiter** wird nur mürrisch zur Arbeit gehen, seine wirtschaftlichen Sorgen lassen seine Arbeitsfreude nicht aufkommen. Dagegen haben die Worte von **Herkner** ihre volle Berechtigung: „Je frühtiger und gesunder ein Arbeiter ist, desto größer ist sein Verrat an Energie, desto größer sein Drang zur Betätigung, desto leichter fällt ihm die Arbeit." Der gut bezahlte Arbeiter ist nicht mürrisch, sondern froh gestimmt, wie dies Amerika zeigt.

Auf das **Bevölkerungsproblem** ist der Lebensstandard der breiten Massen von großem Einfluß. Die Ansichten von **Malthus** und **Lassalle**, daß bei erhöhten Löhnen die Arbeiterklasse sich rasch vermehren würde, so daß das Neuangebot von Händen die vorher errungenen Erfolge wieder beseitige, hat sich als irrtümlich erwiesen. Lassalles ehernes Lohngesetz war eine theoretische Fehlkonstruktion. Richtig ist, daß vielmehr in den entdeckungsreichsten Familien der größte Kinderreichtum anzutreffen ist. Hochgestellte Arbeiter und Angestellte leben weniger gedankenlos eine große Zahl von Kindern in die Welt. Die Qualität eines Volkes wirkt sich in der Quantität desselben aus.

Die kapitalistische Produktion ist gekennzeichnet durch das **Mißverhältnis zwischen der Kaufkraft und der Ergiebigkeit der Arbeit.** Daraus ergeben sich die Wellenbewegungen der Krise und die Hochkonjunktur. Krisen durch eine Senkung der Lohnhöhe mildern zu wollen, wird sich als ein Fehlschlag erweisen müssen. Die Unternehmer halten einen solchen Weg für volkswirtschaftlich richtig und notwendig. In Wirklichkeit wird die Krise dadurch verschlimmert und die Aussichten auf eine Besserung der Wirtschaftslage vermindert. Solange die Produktion planlos auf einem mutmaßlichen Bedürfnis aufgebaut ist, solange wird es Krisen geben. **Hohe Löhne werden nur das Schwanken** der Wirtschaftslage nicht ganz verhindern, dennoch haben sie die Kraft, Krisen hinauszuschieben und abzuschwächen und die Zeiten guter Geschäftslage zu verlängern. Hohe Löhne vermögen die Schäden der privatkapitalistischen Wirtschaft in weitestehendem Maße auszugleichen. Aus diesen Gründen haben sich selbst amerikanische Unternehmer gegen Lohnkürzungen erklärt. Nach einer Uebergangszeit haben nicht nur die Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Unternehmer an einem gesteigerten Lebensstandard einen Nutzen.

Die Behauptungen der Unternehmer um v. Siemens und ihrer wissenschaftlichen Kumpane sind eine geradlinige Fortsetzung der Theorie Ricardos. Die **Arbeitslosigkeit ist nicht eine Folge hoher Löhne**, sondern des niederen Lebensstandards in Europa. Niedrige Einkommen der breiten Massen haben die Tendenz, fortzugend immer weitere Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Störungen hervorzurufen. „Hohe Löhne bewirken erhöhten Absatz und flüssigere Wirtschaftsgebarung, sie reißen die Wirtschaft heraus aus Schlapphei und Erschöpfung, geben der Konsumtion neue Mittel und spannen die hinter der Produktion stehenden Kräfte an. Niedrige Löhne sind gleichbedeutend mit Stockung der Absatzmöglichkeit, Stockung in der Produktion und wirtschaftlichem Stillstand. Die Geschichte beweist, daß diejenigen Länder, deren Arbeiterschaft hohe Löhne bezieht, die wohlhabendsten, moralisch und intellektuell höherstehenden und technisch fortgeschrittensten sind." Aus diesen und anderen Gründen kommt Herr Dr. Massar zu folgendem Schluß:

„Wenn daher die Arbeiterschaft geschlossen und in Gewerkschaften organisiert zur rechten Zeit und in rechtem Maße Lohnerhöhungen erzwingt, dann erfüllt sie **nicht nur eine privatwirtschaftlich erwünschte, sondern auch volkswirtschaftlich berechtigte Forderung.**" Wenn alle Arbeiter, Angestellten und Beamten diese Einsicht hätten, dann müßte ihr Interesse auf nichts anderes als auf eine Stärkung der Gewerkschaften gerichtet sein.

Die zehnte Internationale Arbeitskonferenz

II

Die Verhandlungen über die Koalitionsfreiheit

Die Verhandlungen über den Fragebogen, auf Grund dessen eine Konvention über die Vereinigungsfreiheit in den verschiedenen Ländern hätte aufgestellt werden sollen, sind nach zwanzigstägigen Beratungen leider gescheitert.

Nur wenige Anträge der Arbeitergruppe wurden angenommen, dagegen fanden eine Anzahl Anträge von Arbeitgeberseite und von Regierungen Annahme, die sämtlich darauf abzielten, aus der Vereinigungsfreiheit das Gegenteil zu machen. Infolgedessen konnte bei der Abstimmung im Plenum die Arbeitergruppe nicht für den Fragebogen stimmen. Er verfiel mit 54 Stimmen gegen 42 Stimmen der Ablehnung. Ein Antrag des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, die Angelegenheit an den Ausschuß zur nochmaligen Beratung zu verweisen, wurde mit 50 gegen 42 Stimmen angenommen.

Aber es kam in dem Ausschuß zu keinem besseren Ergebnis. Die Unternehmergruppe war zu keinen Konzessionen bereit und die Arbeitergruppe konnte ihre Bedenken nicht überwinden. In der Schlußabstimmung wurde mit 56 gegen 28 Stimmen abgelehnt, die Vereinigungsfreiheit auf die Tagesordnung der 11. Internationalen Arbeitskonferenz 1928 zu setzen.

Dieses Ergebnis ist sehr zu bedauern. Dem Internationalen Arbeitsamt ist es dadurch erschwert worden, sich unmittelbar für das Grundrecht der Arbeiterklasse, die Vereinigungsfreiheit, einzusetzen. Die Mächte der Reaktion haben gesiegt. Viele Regierungen standen der Vereinigungsfreiheit sehr ablehnend gegenüber. Als erfreulich ist hervorzuheben, daß die deutsche Regierung sich auf der Konferenz einwandfrei für die Vereinigungsfreiheit eingesetzt hat, die ja in Deutschland weitgehend durch die Verfassung gewährleistet ist.

Die Unternehmer aller Länder, einschließlich der deutschen Unternehmer, legelten vollkommen im faschistischen Fahrwasser. Die Unternehmer wollen keine Arbeiterrechte, sie wollen den Kampf. Wenn auf diese Weise die Arbeitergruppe auf der Konferenz zum Schluß in die Zwangslage kam, ablehnen zu müssen, läßt sich doch die Meinung vertreten, ob nicht doch die Annahme des Fragebogens durch die Arbeitergruppe taktisch besser gewesen wäre, um die Regierungen vor die Frage zu stellen, wie sie ihren reaktionären Standpunkt rechtfertigen wollen.

Die Verabschiedung der Frage des Minimallohnes

Der Ausschuß zur Frage des Minimallohnes, der aus 12 Mitgliedern bestand, hat 12 Sitzungen abgehalten. Nachdem der Ausschuß mit 29 gegen 11 Stimmen beschlossen hatte, einen Fragebogen vorzubereiten und außerdem mit 25 gegen 15 Stimmen entschieden hatte, daß dieser Fragebogen sich sowohl auf die Heimarbeit als auch auf andere Erwerbszweige beziehen sollte, wurde ein Unterausschuß eingesetzt. Dieser Unterausschuß von 12 Mitgliedern hat in mehreren Sitzungen einen Fragebogen fertiggestellt, der mit geringfügigen Abänderungen vom Gesamtausschuß und auch in der Plenarversammlung mit 80 gegen 19 Stimmen angenommen wurde. Die 14 Fragen, die nun an die Regierungen gerichtet werden, sind so gefaßt, daß daraus später vom Internationalen Arbeitsamt ein Uebereinkommensentwurf oder ein Vorschlag aufgestellt werden kann. Weil der Fragebogen für die **Beantwortung der einzelnen Fragen einen möglichst weiten Spielraum läßt**, sind alle Klippen glücklich umschifft worden, die das Ganze mitunter zu gefährden drohten. Der aufgestellte Fragebogen bindet die Regierungen auch nach keiner Richtung, wie ausdrücklich festgestellt worden ist. Das war notwendig, um die Entscheidung darüber zu erleichtern, ob der Fragebogen nur für die Heimarbeit oder auch für andere Erwerbszweige dienen soll, in denen die Löhne außergewöhnlich niedrig sind. Dadurch hat man die Entscheidung über diese auch in der Arbeitergruppe äußerst strittige Frage auszum nächsten Jahre hinausgeschoben. Die Abstimmung, ob die nächste Jahresversammlung einen Uebereinkommensentwurf oder einen Vorschlag beraten soll, wofür eine Zweidrittelmajorität erforderlich ist, wurde mit 89 gegen 22 Stimmen bejaht.

Fazit der Weltwirtschaftskonferenz

Als Resultat ihrer Arbeit hat die Weltwirtschaftskonferenz drei Berichte angenommen, die den stattlichen Raum von 24 gedruckten Seiten einnehmen und in denen alle Resolutionen, Anregungen und prinzipiellen Feststellungen vereinigt sind, die zeigen sollen, was die Weltwirtschaftskonferenz über den kranken Wirtschaftskörper Europas zu sagen und was für **Heilmittel** sie vorzuschlagen hat.

Daß der Patient falsch behandelt wurde, geht aus den verschiedenen Berichten klar hervor und braucht nicht wiederholt zu werden, da diese Tatsache in den Generaldebatten von den Vertretern der Industrie- und Regierungskreise, die für diese falsche Behandlung verantwortlich sind, allgemein zugegeben wurde. Wenn man diese Diagnosen, die von der Arbeiterschaft schon vor Jahren gestellt wurden und nun feierlich in Protokollen niedergelegt sind, näher betrachtet, so begreift man erst recht die volle Bedeutung der Bemerkungen eines Beobachters eines sozialistischen Blattes, der über die Stimmung auf der Wirtschaftskonferenz u. a. sagte: „Die Arbeitervertreter sind sehr enttäuscht über die hochmütige Haltung, die die meisten der Wirtschaftsführer, Finanzleute und Industriellen auf der Konferenz ihnen gegenüber an den Tag legten. Vor allem bei der Verteilung der Arbeit haben die Träger des Kapitals die Arbeiterführer deutlich merken lassen, daß sie sie immer noch als Menschen zweiten Ranges betrachten. Man empfand deutlich, daß die Herren immer noch nicht einsehen, daß die Arbeiterklasse über die **Art und Weise, wie die herrschenden Klassen ihre Pflicht gegenüber der Menschheit auffassen, ein eigenes Urteil hat und dieses Urteil eine ernste Prüfung verdient.**"

In der Tat kann man bei der Lektüre der Tagesberichte der Konferenz deutlich feststellen, daß die Arbeitervertreter nach Möglichkeit umgangen wurden, sowohl im Vorsitz und Vizevorsitz der Kommissionen, als auch bei der Wahl der Referenten, der Zusammenstellung der Redaktionskommissionen usw.

In den 24 Seiten der Resolutionen und Empfehlungen steht in der Tat nichts, über was sich die Arbeiterführer nicht schon lange klar waren. Ein Unterschied besteht nur insofern, als die Arbeiter ihre Schlüsse allzeit bis zu ihrer letzten Konsequenz gezogen haben, während die Resolutionen der Weltwirtschaftskonferenz bestenfalls Kompromisse sind und auch nichts anderes sein können, da sie von einem Wirtschaftssystem ausgehen, bei dem das Wohl der Allgemeinheit nur soweit berücksichtigt wird, als es im Interesse der Gewinne einzelner Kapitalisten oder der Unternehmerklasse eines Landes unbedingt notwendig ist. Es ist die Kuh, an deren Gesundheit man insofern interessiert ist, als sie eben für die Kapitalisten Milch geben muß.

Weil die Krankheit des europäischen Wirtschaftskörpers wirklich ernsthaft ist, ist die Weltwirtschaftskonferenz zustande gekommen und hat sie Beschlüsse gefaßt, die eine gewisse Gesundung herbeiführen können. Die Arbeiter vertreten die in ihrer Resolution gemachten Vorschläge von allem Anfang an, während die herrschenden Klassen solange zuwarteten, bis ihnen nichts anderes mehr übrig blieb.

Wenn trotzdem im folgenden auf diese Einsichten hingewiesen und ihre Nützlichkeit zugegeben werden soll, so muß auch gleichzeitig gesagt werden, wie wenig weit sie gehen und wie weit sie gehen müßten, um der Welt wirklich das zu geben, was sie von einer ernsthaften Behandlung der Wirtschaftsfragen der Jetztzeit erwarten darf.

Handel: Die Konferenz sieht ein, daß jede engherzige nationale Politik schädlich ist, daß jeder Opfer bringen muß, dann aber, wenn wirkliche Zusammenarbeit besteht, auch weiß, daß sie durch analoge Opfer anderer gerechtfertigt werden. Die Regierungen müssen daher auf eine Wirtschaftspolitik verzichten, die sowohl ihren eigenen als den allgemeinen Interessen schadet. Deshalb: Abschaffung der Export- und Importverbote, Vereinfachung der Zollformalitäten, methodische Zollnomenklatur, Handelsverträge mit langer Dauer, Stabilisierung der Zolltarife, vergleichende Handelsstatistiken, sofortige Maßnahme zur Herabsetzung oder Abschaffung der Zollschranken, allgemeine Einführung der Meistbegünstigungsklausel und Erleichterung von Handel und Verkehr.

Industrie: Rationalisierung: Einer der Hauptfaktoren der Erhöhung der Leistungen, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Herabsetzung der Herstellungskosten ist die rationelle Organisation der Produktion und Verteilung, die der Allgemeinheit ein höheres Existenzniveau, allen Kategorien der Produzenten eine bessere Entlohnung und den Konsumenten billigere und den allgemeinen Bedürfnissen besser entsprechende Produkte gewährleisten kann. Die Rationalisierung soll mit der nötigen Vorsicht, d. h. so durchgeführt werden, daß sie die berechtigten Interessen der Arbeiter nicht schädigt. Deshalb sollen die Regierungen u. a. jenen Maßnahmen besondere Aufmerksamkeit schenken, die die beständigste und würdigste Beschäftigung des Menschen sichern können, u. a. durch Berufsberatung, Fachschulung, Verteilung von Arbeit und Anbezeit, Entlohnungsformen, in denen die erhöhte Leistung des Arbeiters zum Ausdruck kommt und Arbeits- und Existenzbedingungen, die die Bildung und Entwicklung der Persönlichkeit des Arbeiters günstig beeinflussen können.

Internationale Kartelle: Die Kartelle sollen keine künstlichen Preiserhöhungen zur Folge haben und eine gerechte Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter an den Tag legen. Sie sollen nicht zum Ziele oder zur Folge haben, die Versorgung eines Landes mit

Reichsrat also einzuschalten. **Landwirtschaft:** Erhöhung der Produktion und Gleichberechtigung mit der Industrie, um allen, die mit Landwirtschaft beschäftigt sind, eine normale Entschädigung für ihre Arbeit und ihr Kapital zu gewährleisten. Förderung der Genossenschaften und des Zusammenarbeitens der Produzenten, Kaufleute, Kredit- und Kreditgenossenschaften, national und international. Die Sozialdebatte, die das Verhältnis von und die Zahl der Arbeiter gewährleisten, sollen die Industrie und Landarbeiter zählen können.

Dies sind einige der wichtigsten, speziell die Arbeiter interessierenden „Anregungen" und „Empfehlungen", die die Teilnehmer von ihren Gewerkschaften als Zuschriftenbriefe an die Konferenz zeitnahmen und diese hauptsächlich beraten den Charakter hatte. Es fehlt in diesen Beschlüssen nicht von einer wirklich durchführbaren **vernünftigen Verteilung der Rohstoffe,** die die Voraussetzung bedeutet [illegible] Arbeit und einer höheren Produktionsleistung ist, [illegible] über eine Fixierung des gesellschaftlichen **Gesamtprodukts,** die die Lebenshaltung der arbeitenden Massen [illegible] und dauernd sichernde Löhne und Gehälter und durch [illegible] Ausbau der sozialpolitischen Einrichtungen [illegible] **Abbau der Hemmungen des internationalen Handels,** [illegible] über die **Angleichung der Sozial- und Arbeitsbedingungen in allen Ländern,** [illegible] **Kampf der Arbeiter internationale Kontrolle der internationalen monopolistischen Zusammenschlüsse** [illegible] Unterschlagungen zum Schutz der Arbeiter und Verbraucher, [illegible] Tarifvertrag über internationale Konventionen bei die **Beseitigung der Ein- und Ausfuhrverbote** und der Abbau von Zollschranken [illegible] über eine Internationale **zwischenstaatliche Wirtschaftsordnung,** [illegible] über die Internationalisierung und Vergesellschaftung der **Sozialgesetzgebung** und [illegible] über die Schaffung von [illegible] und internationalen **Wanderungsämtern.**

Natürlich gab sich niemand der Illusion hin, daß [illegible] Zeit der [illegible] Forderungen der Arbeiter erfüllt werden, und [illegible] auch so kein Grund zu Mißmut von, wenn die [illegible] Zeilen erwähnten einen Schritte wirklich in dem Sinne der „Zeitgemäßen und notwendigsten Abkommen der Völker" zur Auswirkung gelangen würden, den alle Teilnehmer so sehr preisen und der auch bei jeder Gelegenheit in den Resolutionen [illegible] wird.

Auch daran muß jedoch erinnert werden, wenn man bedenkt, daß in allen diesen Resolutionen von einem Punkte nur [illegible] und, die die erste Voraussetzung jeder internationalen Stabilisierung und Zusammenarbeit ist und bloß die Beseitigung eines Verbrechens in der Schlacht, das schon langst geschehen wurde: die **allgemeine Ratifizierung und strenge Durchführung der Achtstundenübereinkommen.** Politische Konzessionen werden versucht und es wird eine Erörterung oder Diskussion empfohlen, es sind jedoch Konventionen, an denen bis [illegible] die Kapitalisten Interesse haben: Abmachungen betr. die Vereinfachung der Zollformalitäten, kein [illegible] Konventionen bei der Internationale Industrie- und Handelsstatistik usw.

Von den Resolutionen, die aus den Handelskonferenzen hervorgingen, sind zu begrüßen die gegen Dumping, gegen Montanzölle und Subsidien, gegen Verbote und Einschränkungen der Ein- und Ausfuhr, gegen Bevorzugung staatlich monopolisierter Betriebe zum Nachteil der privaten Industrien, eine Empfehlung für wirtschaftliche und technische Gleichbehandlung des Betriebs von Ausländern für Vereinheitlichung der Zollnomenklatur, im Verhandlung der Zollfrage.

Eine weitere Resolution empfiehlt handelspolitische und handelspolitische Maßnahmen. Wichtig ist eine andere Entschließung, welche möglichste Einschränkung der Ausfuhrzölle auf Rohstoffe empfiehlt und sich vor allem gegen ungleiche Behandlung der verschiedenen Importländer richtet. Ebenso wurde in einer anderen Resolution Gleichbehandlung der Länder hinsichtlich der Transporte empfohlen. An diesen Beschlüssen waren besonders die Länder mit verarbeitenden Industrien und ohne eigene oder kolonialen Rohstoffgebiete interessiert, wie Deutschland, Japan, Belgien, Italien usw. Auch eine andere Entschließung wurde gegen Zollschranken, Kompensationen und Exportvergütungen der Zollpolitik Betrachtung gestellt, und in einer anderen der ausgedehnteren und weitergehenden Anwendung der Meistbegünstigungsklausel das Wort erteilt. Schließlich empfiehlt die Konferenz, „Umwegzölle Maßnahmen der Staaten zur Aufhebung oder Herabsetzung der Zollschranken ...", Aufsehen der Praxis, übermäßige Verhandlungszölle als Kampfzölle oder der eigenen zum Zwecke des Schachers mitzubringen.

Zuletzt wurde auf der Konferenz auch mit Rücksicht auf die Anwesenheit der Vertreter der Vereinigten Staaten die Frage der **Ein- und Auswanderung** nicht auf die Tagesordnung gesetzt, sondern man begnügte sich mit einer Resolution, welche die Gleichstellung von Geschäftsleuten und Geschäftsbetrieben ausländischen Herkunft in den einzelnen Ländern empfahl. Aus dem gleichen Grunde wurden auch die von Polen, Jugoslawien und anderen zu angekündigten **Währungs- und finanziellen Sanierungsfragen** nicht eingehend behandelt, obgleich die im Zusammenhang mit Freihandelstendenzen oft erwähnten Vereinigten Staaten von Europa" brachte Herr Loucheur, dessen Initiative die Konferenz entsprang, politische Bedenken vor. Es sei wenig wahrscheinlich, daß sich zwischen den an Tradition und Sprache so verschiedenen alten Ländern dieser Bereich verwirklichen lasse. Jeder Staat sondere sich die politische Sicherheit, ohne die eine wirtschaftliche Sicherheit nicht möglich sei. Das hindere aber, so wurde von ihm betont, die Konferenz nicht, für die Zoll- und Handelspolitik gewisse neue Grundsätze aufzustellen.

Vom Arbeitersandpunkt zu bedauern ist schließlich noch, daß auch die von der Arbeiterschaft geforderte Schaffung eines aus Vertretern aller interessierten Kreise (Industrie, Arbeiter, Verbraucher, [illegible]) zusammengesetzten **internationalen Wirtschaftsamtes** nicht beschlossen wurde. Die Fortsetzung der Arbeit wird also fast in allen Fällen dem Wirtschaftsamt des Völkerbundes übertragen, das im Gegensatz zum Arbeitsamt, dessen guten Willen jeder anerkennt, nie zu einem Organ einer wirklich vernünftigen Zusammenarbeit werden kann, da der einzelnen interessierte und geleitete Völkerbund, wie sich bei jeder Gelegenheit zeigt, unter den jetzigen Verhältnissen und politischen Rücksichtnahmen wenig tun kann.

Die Weltwirtschaftskonferenz hat der Sache der Arbeiterklasse einen großen Dienst geleistet, **indem sie der Allgemeinheit zeigte, daß die Politik der Arbeiter richtig ist und durch den Lauf der Dinge bestätigt wird.** Zu ihrem muß jedoch die Arbeiterschaft, auf sich selbst gestellt, mit dem Ziel der vollen Umgestaltung der Gesellschaftsordnung ihren Weg gehen. Sie darf nicht vergessen, daß erst dann entscheidende Änderungen zu erwarten sind, wenn sie so stark organisiert ist, daß man ihren Forderungen Gehör schenken muß.

JOSB.

Von der Tagung der Schuhfabrikanten

Auf der diesjährigen Generalversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Schuhindustrie, die am 10. Juni in Wiesbaden eröffnet wurde, wurde speziell den

Produktions- und Außenhandelsfragen der deutschen Schuhindustrie

ein breiter Raum gewidmet. Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Kommerzienrat Wallerheim, der das Thema in einem bedeutenden Vortrag behandelte, stellte eine Besserung der allgemeinen Lage der deutschen Wirtschaft fest, die einen langsamen Aufstieg erhofft lasse, die aber noch keinen Anlaß bietet, die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft als befriedigend zu bezeichnen. Die Zahl der Betriebe, die wegen Mangel an Aufträgen noch nicht annähernd ihre vorhandenen Fabrikationsmittel anzuwenden in der Lage sind, sei noch bedeutend.

So habe z. B. die tatsächliche Gesamtproduktion in **Leder- und Textilschuhwerk mit Lederoberteilen** (also unter Außerachtlassung von Holzschuhwerk mit Holzsohlen, Leinenschuhen, Segeltuchschuhen, Pantoffeln u. dgl.) im Jahre 1926 nur **55 Millionen Paare** erreicht, während die **Produktionsfähigkeit** in den deutschen Schuhwerk auf **93 Millionen Paar** zu veranschlagen sei.

Zur Erklärung dieses Umstandes betonte der Redner in seinen Ausführungen, daß nach der durchgemachten Entwicklung der letzten Jahre für die deutsche Schuhindustrie eine viel größere Produktionsmöglichkeit gegeben ist, als vor dem Kriege. Durch gewaltige Anstrengungen gewisser Monumentalbetriebe habe in letzter Zeit die Rohstoffbasis sich mehr auf billigere Waren gerichtet. Infolge dessen lag der Beschäftigungsgrad bei den Betrieben, deren Spezialität das hochwertige, feine Qualitätsschuhwerk war, unter dem Durchschnitt, während es bei Betrieben, die billigere Massenartikel erzeugen, erheblich über dem Durchschnitt lag.

Durchschnittlich genommen habe der Beschäftigungsgrad der Verbandsbetriebe gegenüber dem Jahre 1913 II im Jahre 1926 [illegible] betragen. Im ersten Quartal 1927 sei die Ziffer von 105 v. H. erreicht.

Die Frage, was die Ursache für die mangelhafte Ausnutzung der vollen Produktionsmöglichkeit sei, sei auch, so führte der Redner aus, damit zu beantworten, daß sich für die Schuhausfuhr in Betracht kommende Länder immer mehr mit hohen **Zollschutzmauern** umgeben hätten. Darüber hinaus seien in verschiedenen Ländern, in denen früher keine nennenswerte Schuhindustrie bestanden hat, größere Schuhfabriken errichtet worden. Weiter seien frühere wichtige Absatzgebiete für deutsche Schuhwaren, u. a. das Saargebiet, Polen und Danzig durch eine prohibitiv wirkende Zollpolitik der betreffenden Länder für die deutsche Schuhindustrie verloren. Solange hier das Saargebiet französische Zollsätze maßgebend sind, sei ein nennenswerter Absatz nach diesem Gebiet unmöglich. Nach dem neuen französischen Zolltarif sollen Schuhwaren mit einem Mindestzoll von 20 bis 25 Prozent vom Wert belegt werden.

An Hand eines Beispiels, speziell errechnet für ein Paar Herrenschnürschuhe im Durchschnittsgewicht von 700 Gramm, sei festgestellt, daß unter einer Reihe mittel- und osteuropäischer Staaten Deutschland mit seinen seit 1902 unverändert geblieben autonomen Schutzzöllen die niedrigsten Zölle aufweise. An Stammzöllen acht für den betreffenden Artikel der Zollsatz für ein Paar Schuhe über 10 Mark hinauf. Außerdem haben Schweden und Litauen, Polen und Danzig, auch Norwegen, Ungarn und Jugoslawien besonders hohe Zölle.

Bei einer Produktion von 55 Millionen Paar Stroßenschuhwerk aus Leder im Jahre 1926 betrug die Ausfuhr an diesem wichtigsten Spezialartikel im Jahre 1926 rund 2 Millionen Paar. Noch 1913 hatten in diesem Artikel 1,5 Millionen Paar Lederschuhe ausgeführt werden können. Auf der anderen Seite ist die Einfuhr in diesem Artikel, die 1913 sich auf 1,210 Millionen Paar bezifferte, 1926 auf 1,560 Millionen Paar gestiegen. Die Ausfuhrbilanz für dieses Lederschuhwerk ist noch im Jahre 1913 mit 16 Millionen Mark, 1926 aber nur noch mit 3 Millionen Mark aktiv gewesen.

Die Außenhandelsbilanz für das **gesamte** Schuhwerk aller Art sei bereits in den ersten vier Monaten 1927 nur noch mit einer Million Mark aktiv gewesen, während in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres das Aktivsaldo noch 7½ Millionen Mark betragen habe.

Aus diesen Darstellungen über die allgemeine Lage der deutschen Schuhindustrie wird man folgern müssen, daß die deutsche Schuhindustrie gezwungen sein wird, sich stark auf den Inlandsabsatz zu orientieren. Natürlich sind die Forderungen der Schuhfabrikanten, soweit sie auf Beseitigung jener Hemmnisse, die einen freien Außenhandelsverkehr behindern, abzielen, auf jeden Fall zu unterstützen. Die Forderung auf den Abschluß möglichst günstiger und langfristiger Handelsverträge und die Ansicht, daß mit Neubauten und Produktionsvergrößerungen zur Zeit hinzugehalten werden sollte, kann die Arbeiterschaft ebenfalls unterstützen. Von Fabrikantenseite wurde wieder die Ansicht vertreten, daß Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht das Mittel seien, um beschend auf die Wirtschaft zu wirken. Die Richtigkeit dieser Ansicht müssen wir allerdings entschieden in Abrede stellen. Die Frage ist in letzter Zeit theoretisch lebhaft erörtert worden und die Praxis selbst hat der Arbeiterschaft recht gegeben.

Bei Besprechung der Verschiebungen im Schuhwarenaußenhandel kam der Referent auch auf die außerordentlich starke Zunahme der **Schuheinfuhr aus der Tschechoslowakei** zu sprechen. Von der Schuhwarengesamteinfuhr für 1926 nach Deutschland entfielen allein auf die Tschechoslowakei nahezu 60 Prozent. Unter den 56,000 Paaren von dort eingeführter Lederschuhe seien 750,000 Paar leichte Damenschuhe im Gewicht von 600 Gramm und darunter gewesen. Die Einfuhr sei durch die niedrigen deutschen Zollsätze gefördert worden. Auch das Ausfuhrverbot für Häute und Felle, das in der Tschechoslowakei besteht, und andere Umstände waren zum Vorteil der tschechischen Industrie gewesen. Der Redner ging dann auf die bekannten Vorwürfe ein in bezug auf Ausstandsfälle in der Organisationsfrage und die Arbeitsbedingungen, die einem tschechischen Schuhgroßbetrieb in der englischen und in der deutschen Fachpresse gemacht wurden. Es seien die Ansichten zu teilen, daß es sich hier um ein „soziales Dumping" handle. Es genüge nicht, vorhandene Mißstände nur festzustellen und öffentlich anzuprangern, die Uebersichnennung mit Waren verlange nach Gegenmaßnahmen. Die Tschechoslowakei habe sich in ihrem Zollgesetz vom 22. Juni 1926 selbst Bestimmungen gegen Dumping geschaffen. Der betreffende Artikel besagt:

„Wenn aus irgendeinem Staate **in die Tschechoslowakische Republik** eingeführte Waren infolge besonderer öffentlicher und anderer Verhältnisse, wie durch Gewährung von Ausfuhr- und **anderen Begünstigungen, durch Einführung einer längeren Arbeitszeit oder anderer ungünstigerer sozialer Arbeitsbedingungen** u. dgl. der infolge Entwertung der Währung die heimische Produktion durch außerordentliche Konkurrenz bedrohen, sind zum unerläßlichen **Schutze der heimischen Produktion** geeignete Verfügungen zu treffen, insbesondere durch Festsetzung eines **besonderen Zolles** oder eines **Zolzuschlages** oder durch Beschränkung der Einfuhr. Für die Beobachtung solcher Erscheinungen wird von der Regierung ein Beirat ernannt, für den je zwei Mitglieder vom Finanzminister, vom Minister für Industrie, Handel und Gewerbe und vom Minister für Landwirtschaft vorgeschlagen werden."

Aus Mitgliederkreisen der Schuhfabrikanten sei verlangt worden, daß als Gegenmaßnahme gegenüber der tschechoslowakischen Konkurrenz auch Deutschland eine gleiche Vorschrift aufnimmt, ferner sei nach Ansicht der Schuhfabrikanten nötig, bei Dumpingausfuhr durch Gesetz eine Kennzeichnung der eingeführten Ware durch Aufdruck eines Stempels wie z. B. „Hergestellt in der Tschechoslowakei" zu verlangen.

In der Frage der **allgemeinen Zollpolitik** habe, so führte der Redner aus, die deutsche Schuhindustrie seither den Standpunkt vertreten, daß es keines höheren Schutzzolles bedürfe als vor dem

Es lebe die Solidarität...!

Eine Jubiläumsbetrachtung (1327–1927) von Jakob Bornstein.

(Nachdruck verboten.)

In früheren geschichtlichen Perioden mochte das Unglück großerer Bevölkerungsschichte unabwendbar gewesen sein, in unserer heutigen entwicklungsreichen Zeit, wo die Gesamtheit aller sozialen und kulturellen Elends selbst von dem einfachen Manne erkannt und wirksamstens erwogen und, sollte deren Bekämpfung bestimmt möglich sein. Welche angebotene Berechtigung wurde die menschliche Kultur erhalten, wenn man sich die Mühe des Abschreibens ohne materielles Elend leisten könnte? So alt wie die Not dürfte wirtschaftliche Unzufriedenheit der Schwachen, so alt ist auch ihr Kampf gegen Not.

Im 5. und 6. Jahrhundert führten Unzufriedenheit und Not in Rom und Griechenland zur Auflehnung der damals noch unfreien Arbeiter gegen die Arbeitsherren und die Regierungen. Durch das schnelle Wachstum der Bevölkerung konnte nicht allen arbeitsfähigen Menschen Arbeit gegeben werden. Hinzu kam die nicht seltene Freilassung des Sklavenstandes durch die Einführung der Leibeigenschaft und der zunehmenden Verwendung der Sklaven in gewerblichen Betrieben. Die Arbeitslosigkeit schwoll an und erfaßte zeitweise 50 Prozent der Arbeiter und Gesellen. Massenhafter Organisation und jeder Zusammenkunft von Zahlen konnte das Aufbrechen der Arbeiter von den damaligen „Dienstgebäuden" niedergeschlagen werden. Tausende Sklaven: Morden, Radern und Folterung waren die Mittel.

Diese unpolitischen, aus furchtbarster Not und einer barbarischen Behandlung resultierenden „wilden" Streiks oder Aufstände blieben bis ins 13. Jahrhundert vorherrschend. Erst von da an datieren organisatorisch vorbereitete Streiks. Mit dem Aufkommen des kapitalistischen Betriebes in den Zünften und der dadurch bedingten gespannten Mitte zwischen Meister und Gesellen setzten sein wirtschaftliche Kämpfe zwischen diesen ein. Mißbrauch der Gewalt des Meisters, Anwendung des Zünftsystems, der Beschränkung der Freizeit und übermäßiger Lehrlingshaltung erzeugten bei den Gesellen und Arbeitern Verbitterung und Gährung, da diese Maßnahmen der Unternehmer die Arbeitsbedingungen der Schlechteren und die Arbeitslosigkeit verschärften.

Man sieht, daß wie heute so auch damals alles Elend an den seitdem kapitalistischen Gepflogenheiten begründet war. Im Jahre 1327 taten die Gurtlergesellen von Breslau, die in der Gurtlergenossenschaft vereinigt waren, und nachdem Verhandlungen mit den Meistern erfolglos geblieben waren, erstmalig geschlossen in den Streik. Es handelte sich bei diesem Kampf um die Erreichung besserer Unterkunftsverhältnisse. Er wurde nach vier Jahren mit einem vollen Erfolg für die Gesellen beendet. Natürlich notwendig erhielt der Streikgedanke durch den Erfolg der Gurtler einen mächtigen Impuls. In Ansbach streikten noch im selben Jahre die Schmiede, in Nürnberg die Schuhmacher und in Lissa die Tuchknappen.

Der Weg, den die organisierte Solidarität im Laufe von sechs Jahrhunderten gemacht hatte, ist ein sehr wechselvoller. Vor 400 Jahre wurde es verboten, **in Deutschland gab es 1549 ein Verbot aller Koalitionen.** In England und Frankreich wurde er 1791 durch Gesetz unterlegt. Beispielsweise. In diesem Jahre, 1927, aber sind es 400 Jahre, daß sich der erste organisierte Streik durchsetzte.

Es lebe die Solidarität!

Die Statistik im Wirtschaftsleben

Die Wirtschaftsführung in einem Sozialstaat wird einmal auf Planwirtschaft, d. h. auf Bedarfsdeckungswirtschaft beruhen. Dabei, durch eine gut funktionierende **Statistik** wird der Bedarf an Gebrauchsgütern im voraus bestimmt werden müssen, um die Produktion selbst danach einstellen zu können. Schon Bebel bemerkt in seinem Buche „Die Frau": „Die Statistik spielt in der sozialistischen Wirtschaftsführung die Hauptrolle; sie ist die wichtigste Hilfswissenschaft in der neuen Gesellschaft, sie liefert das Maß für alle gesellschaftliche Tätigkeit." Heutzutage, unter dem kapitalistischen System, folgt die Wirtschaftsführung zumeist blinden, unkontrollierbaren Voraussetzungen, weil über Produktion und Verbrauch in den einzelnen Industriezweigen entweder gar keines oder nur unzuverlässiges statistisches Material vorhanden ist. Hauptsächlich aus dieser Unkenntnis der Dinge ergeben sich die vielfachen Schwierigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Im übrigen ist es gar kein Geheimnis, daß bei der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse auf dem Wirtschaftsgebiet von gewissen Interessenten gar nicht so selten verlangt wird, mit Pseudostatistiken und einseitigen Tatsellungen die maßgebenden Kreise der Wirtschaftsführung irreführen.

Ueber den konstruktiven, fruchtbringenden, aufbauenden Sozialismus ist schon manches Wort gesprochen worden. Jedoch ist die Literatur noch nicht sehr reich, die in wissenschaftlicher Hinsicht hierzu Stellung zu den vielen Einzelfragen, die die einzelnen Industriezweige berühren. In einer Neuauflage des bekannten Werkes von Prof. Ballod: „Der Zukunftsstaat"*) sind in einer Reihe von Maßstäben Voraussberechnungen aufgestellt, die sich auf die Bedarfsmengen der Bevölkerung an Verbrauchsartikeln und die entsprechende Produktion in verschiedenen Industriezweigen beziehen. Unter anderem ist auch kurz die Gerberei und Schuhmacherei erwähnt und es entdeckt nicht nicht das Interesse, was in dem Buche über diese Industriezweige gesagt ist. Aus dem für jeden Sozialisten lesenswerten Werke mögen hier deshalb einige Auszüge gegeben sein. Ueber die Voraussberechnungen, die sich auf die Leder- und die Schuhindustrie beziehen, gibt der Verfasser folgende Tatsellung:

„Bezüglich der **Gerberei** ist das Grundlegende der Bedarf an rohen Häuten, über den man verfügt. Deutschland hat vor dem Kriege gewaltige Mengen an rohen Häuten eingeführt; selbst wenn man die recht bedeutende Lederausfuhr berücksichtigt, ergab es sich, daß ein Mehr des in Deutschland verbrauchten Rohstoffs zur Lederfabrikation aus dem Ausland stammte. Insbesondere kam der ganze Bedarf von dorther. Das wird wahrscheinlich weder der Gemeinwirtschaft auch in Zukunft bleiben müssen, doch ist die Sachlage hier nicht bedenklich, weil die Bestände nicht sehr hoch sein dürfen. Wir haben aus den allgemeinen Kindererschlachtungen etwa 2000 kg rohe Haute von jedem Betrieb, zusammen also 92,8 Millionen kg rohe Haute, dazu 800 kg Schaffelle, zusammen etwa 77,000 Betriebe 25,0 Millionen kg. Für die Verarbeitung dieser Haute sind vielleicht 80 Millionen kg an fertigem Leder werden wir einen 700 Millionen kg an ausländischem Gerbholz, Lachrabholz usw. brauchen. Die „Elektrotechnische Zeitschrift" 1896, S. 142 ff. bietet die Beschreibung einer elektrischen Großgerberei, der Gerberei-anlage in Bos Vista bei Rio de Janeiro, die mit Hilfe von 100 elektrischen Apparaten jährlich 7 Millionen kg Haute gerben konnte. Die Zunammenschine für einen jeden Apparat besaß 1 Pferdestärke, die Trommel des Apparats fasste 700 bis 800 kg

*) Verlag E. Laubsche Buchhandlung, Berlin W. 30. Preis kartoniert 4.50 Mk.

Krieg und der Verband habe nur eine Anpassung der autonomen Zölle vor 1902 an die Weltmarktteuerung gefordert. Nachdem aber eine Reihe von Staaten ja wesentlich höheren Zöllnern gegriffen hatten und durch die niederen deutschen Schuhzölle die deutsche Außenhandelsbilanz für Schuhwerk sich passiv gestaltet habe, sei der Verband gezwungen, seine seitherige Stellungnahme zu ändern.

Ob die Handelsbilanz für Schuhwerk bei höheren deutschen Zöllen sich wesentlich anders gestaltet haben würde, sei an dieser Stelle nicht näher untersucht. Voll und ganz unterstreichen wir aber den anderen auf der Tagung der Schuhfabrikanten geprägten Satz, daß eine Hebung des Warenaustausches nach dem Ausland mit davon abhängt, daß das Ausland sich die gleiche Maßnahme in der Zollpolitik außerhalb wie Deutschland und den Ueberproektionismus aufsetzt. Es ist eine blinde Täuschung, mit künstlichen Mitteln sich den Konkurrenzkampf erleichtern zu wollen, denn solche Mittel rufen immer wieder Reibungen und Gegenmaßnahmen hervor. Künstliche Mittel sind im Konkurrenzkampf übrigens bisher auch nicht entscheidend gewesen, sonst hätte die Subventionspolitik in einzelnen Staaten gegenüber der heimischen Industrie ganz andere Erfolge aufweisen müssen. Es gibt ja auch vernünftigerweise eine Reihe von Ländern, die eine Uebertreibung in der Zollpolitik ablehnen.

Das idealste wäre allgemein ein freier Wettbewerb von Staat zu Staat. Dahin abzielende Grundsätze sind sicher auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf von Leuten, die von der Dingen doch wohl etwas verstehen, festgelegt worden. Es wurde dort gefordert, mit der Erhöhung der Zölle ein Ende zu machen und den bisher fortschreitenden Abbau zu sinnen. Ferner wurde eine genaue Festlegung der Meistbegünstigungsklausel und deren Ausgestaltung ohne Ausnahmen verlangt. Außerdem sprach man sich gegen Rohstoffzölle überhaupt und sonst gegen Zölle aus, die die Länder aus Konkurrenzgründen belasten.

Diejenigen Staaten, die in Zollaufstiegung machen, vertreten etwas, das keine Grenzen hat. Eine Zollaufstiegung dagegen müßte doch sicher einmal bei einem Punkte enden, der allen möglich ist. Genug gibt es Staaten genug, von denen jeder Ware nach dem Ausland abgesetzt will. Der Umfang des Produktes, das als Außenhandelsgut über die Grenzen geht, und zwar das Außenhandelsgut aller Ausfuhrstaaten zusammengenommen, ist seit dem Kriege an sich sehr begrenzt. Diese den Außenhandel ausmachende Produktenmenge wird um nichts vermehrt durch den Austrag von Zollhandeln, die doch wiederum nur unter Verlusten geführt werden können. Man sollte annehmen, daß sich dies die beteiligten Kreise aller Staaten zur Lehre nehmen würden. Im übrigen trifft es nach unserer Auffassung für die meisten Staaten zu, daß die nationalen Industrien langst noch nicht genügend dazu übergegangen sind, zu untersuchen, durch welche Maßnahmen zunächst der Inlandsabsatz noch gehoben werden könnte.

An der Beschlußfassung gelangte die Tagung der Schuhfabrikanten in der Frage der Dumpingabwehr zu Beschlüssen, die sich mit den schon erwähnten Anregungen decken: Forderung ähnlicher Zollbedingungen, wie sie die Tschechoslowakei aufgestellt hat und die Forderung auf Markierung von Auslandswaren, die unter unsozialen Arbeitsbedingungen hergestellt werden. In der **Zollfrage** gelangte man zur Annahme einer Resolution, in der es u. a. heißt:

„Der Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie glaubt die dringende Forderung erheben zu müssen, daß in entschiedenerer Weise, als es bisher geschehen ist, die Interessen der Schuhindustrie beim Abschluß von Handelsverträgen gewahrt werden und daß hierfür eine sachgemäße Grundlage dadurch geschaffen wird, daß die autonomen Zollsätze für deutsches Schuhwerk in einer solchen Weise festgelegt werden, daß sie einmal den ausländischen Schuhindustrien Veranlassung zur Herabsetzung ihrer Zollsätze geben und ferner der deutschen Schuhindustrie im Hinblick auf den in erster Reihe zu berücksichtigenden Binnenmarkt einen angemessenen Zollschutz als seither gewähren."

Von den übrigen Beschlüssen der Verbandstagung der Schuhfabrikanten verdient Erwähnung das Uebereinkommen, von der Schuhindustrie aus auch im Jahre 1928 eine **Messe nicht zu beschicken.**

Ueber berufsgenossenschaftliche Fragen referierte Herr Leonhard Stadler. Das Referat über

Sozialpolitische Zeitfragen

hatte Herr **Rechtsanwalt** Blasse übernommen. Man kann nicht sagen, daß in den Ausführungen einem hohen sozialen Gesichtspunkt Rechnung getragen worden wäre. Die Ausführungen bewegten sich in den Geleisen, in die die Politik des Unternehmerverbandes nun seit Jahren hineingeraten ist. Man kann nur konstatieren, daß der Verband auf diesem Gebiete in die direkt antisozial eingestellten Gruppen einschwenkte. Nicht ein Hauch der Sozialpolitik blieb von der antisozial eingestellten Kritik des Redners verschont. Der Kündigungsschutz sowohl wie auch die Arbeitszeitgesetzgebung, die Gewerbegerichtsbarkeit wie auch die Sozialversicherung wurden zum Gegenstand der Kritik gemacht. Schroff die scheinen Tatsachungen über die Sozialbelastung, denen wir schon mehrfach widersprechen mußten, fanden Wiederholung. In den Ausführungen klang sogar etwas Wehmut durch im Gedanken an die Zeiten der alten überlebten Staatsverfassung, wo noch ein Wilhelm den Staat repräsentieren konnte.

Auf die

Lohnkrisenfrage

war bereits unter dem Punkt „Wirtschaftliche Tagesfragen" eingegangen worden. Der Darstellung, als ob an der Zuspitzung des Lohnkonfliktes im Dezember v. J. die Gewerkschaften schuld gewesen wären, muß unbedingt widersprochen werden. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß es die Fabrikantenseite war, die nicht nur bei jener Gelegenheit, sondern mehrfach schon vorher, insbesondere beim Ablauf des Tarifes, jede freie Verhandlung und Aussprache kurzerhand abgelehnt hatte. Die Nahrung einer Anschauung, daß bei notwendig werdenden Lohnaufbesserungen gewisse Gruppen von Arbeitern ausgenommen werden könnten, dürfte wohl nie zur Beruhigung beitragen; am wenigsten konnte eine einseitige Auffassung in dieser Frage als Grund zur Ablehnung von Verhandlungen angesehen werden.

Die Vorstandswahlen

auf der Fabrikantentagung zeitigten eine die Oeffentlichkeit einigermaßen überraschende Änderung, indem Herr Kommerzienrat Wallerstein, der nun 15 Jahre den Vorsitz im Verband innehatte, seinen Entschluß bekanntgab, aus gesundheitlichen Gründen aus seinem Amte zu scheiden. In Herrn Wallerstein verliert die Verbandsleitung der Fabrikanten jedenfalls eine Persönlichkeit, die für das Aufblühen der Fabrikantenorganisation das meiste mit beigetragen hat. Besonders in der Kriegs- und Nachkriegswirtschaft sind bekanntlich starke Anforderungen an die leitenden Persönlichkeiten auch in unserem Industriezweige gestellt worden. Die Tarifbeziehungen der Schuhfabrikanten gegen ihren jeweiligen Führer waren denn auch allseitig. Es wurde beschlossen, Herrn Wallerstein zum Ehrenvorsitzenden des Verbandes zu ernennen. Auch die Arbeiterschaft der Schuhindustrie kann bei dieser Gelegenheit feststellen, daß Herr Wallerstein seine Persönlichkeit dafür eingesetzt hat, zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft erspriessliche Verhältnisse herzustellen. Unter seiner Verbandsleitung ist ein offizielles Verhandeln von Organisation zu Organisation möglich geworden. Die Bestrebungen des Herrn Wallerstein waren jederzeit dem Ziele gewidmet, friedlich schiedlich mit der Arbeiterschaft auszukommen, wobei er seine hohen Berufskenntnisse und Lebenserfahrungen mitsprechen lassen konnte. Bei mancher sicherlich Zuspitzung, die sich bei den Auseinandersetzungen über Lohnfragen usw. ergab, konnte er Mühe und Fleiß daran, die einigende Formel zu finden, die er dann auch energisch vertreten hat. Auf diese Weise konnte manche Woge geglättet werden.

Die Fabrikantentagung ehrte des weiteren die Tatsache des Herrn Fabrikanten Schön (Waldheim), der noch als Siebzigjähriger bei den Verhandlungen und als Beisitzer am Zentraltarifamte tätig ist, durch Ernennung zum Ehrenmitgliede. Die Wahl des ersten Verbandsvorsitzenden fiel auf Herrn Kommerzienrat **Kopp** in Pirmasens. Stellvertretender erster Vorsitzender ist Herr Stadler. Zu weiteren stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Herren Wolf in Mainz und Gustav Rheinberger in Pirmasens gewählt.

Wochen-Rundschau

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich in seinen letzten Sitzungen mit dem **Arbeitslosenversicherungsgesetz.** Bei der Frage der Lastenverteilung in der Krisenfürsorge stand die Auffassung der Reichsregierung im Gegensatz zu der des Reichsrates. Schließlich fand ein volksparteilicher Beschluß Annahme, wonach von den Gemeinden ein Fünftel und vom Reiche vier Fünftel der Lasten getragen werden sollen. Die erste Lesung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wurde am 11. Juni beendet. Es wurde beschlossen, daß alle Arbeitslosen, die beim Inkrafttreten des Gesetzes Erwerbslosen- oder Krisenunterstützung beziehen, zunächst, ohne besonderen Antrag, Arbeitslosenunterstützung in der Höhe ihrer bisherigen Bezüge erhalten sollen.

Der Zentralausschuß der Reichsbank beschloß in seiner Sitzung vom 10. Juni 1927 die **Erhöhung des Reichsbankdiskonts** von 5 Prozent auf 6 Prozent. Der Lombardzinsfuß bleibt unverändert mit 7 Prozent bestehen. Die Diskonterhöhung wird vielfach als Anstoß zu einer gewissen allgemeinen Verteuerung angesehen; auf der anderen Seite erscheint man aber dadurch einen positiven Anreiz für das Ausland, unserer Wirtschaft Geld für produktive Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Sklavenherrschaft in Rumänien. (JGB.) Das Kriegsgericht von Mauleuburg hat nach mehrtägigen Verhandlungen vier Arbeiter zu insgesamt 17 Jahren schweren Kerkers verurteilt, denen nichts als das Lesen marxistischer Literatur nachgewiesen werden konnte.

Ein Blinder wegen staatsfeindlicher Lektüre verklagt. (JGB.) Der Lemberger „Vorwärts" meldet, daß in Rumänien ein 17- 55 Jahren blinder Arbeiter wegen „staatsfeindlicher Benutzung" der Bibliothek eines sozialdemokratischen Kulturvereins unter Anklage gestellt worden ist. Wenn es sich nicht um Rumänien handeln würde, könnte man denken, die Meldung sei ein Scherz.

Razzia in einer Arbeiterbibliothek in — Rumänien. (JGB.) Das Banater Generalinspektorat des „Siguranza" veranstaltete im sozialdemokratischen Arbeiterheim in Temesvar eine Razzia und beschlagnahmte über 7000 Bände angeblich aufrührerischer Literatur, die vernichtet wurden. Es befanden sich darunter Werke von Tumas, Balzac, V. Hugo, Schiller, Goethe, Lenau, Cervantes, Marx, Mautsky usw.

Neue Zeitschrift in Amerika. (JGB.) Unter der Leitung des Herausgebers des International Labor News Service (Sagan der Amerikanischen Gewerkschaftsbundes) sowie mehrerer Arbeiterführer und Arbeiterpublizisten wird in Amerika unter dem Namen „Washington" eine neue Zeitschrift zur Ausgabe gelangen. Ihre Parole lautet: Kampf gegen Korruption, Zähmung und Schwung. Das Organ wird sich für die Länder des lateinischen Amerika, für China usw. einsetzen. Alle Machinationen des amerikanischen Imperialismus und der Finanzmagnaten sollen aufgedeckt und, was schon Billion verlangte, schonungslos veröffentlicht werden.

(JGB.) Der 100 Mitglieder zählende **holländische „Allgemeine Bund der technischen und Ueberwachungspersonale"** hat sich dem Internationalen Bund der Privatangestellten mit Sitz in Amsterdam angeschlossen.

Die Ratifizierung der Achtstundentagkonvention in Frankreich. (JGB.) Bekanntlich hat der französische Senat der Ratifizierung der Washingtoner Achtstundentagkonvention die Bedingung beigefügt, daß die Konvention vor Inkrafttreten auch von Deutschland und England ratifiziert werden müsse, während die Kammer nur die Ratifizierung in Deutschland als Vorbedingung nannte. Der Zusatz betr. England ist deshalb an die Kammer zurückgegangen und wurde nun von ihr gutgeheißen. Ein Zusatzantrag betr. die bedingungslose Ratifizierung wurde mit 405 gegen 150 Stimmen abgelehnt.

Die zahlenmäßige Stärke der Gewerkschaften

Es ist für jeden Gewerkschafter lehrreich, einmal etwas über die zahlenmäßige Stärke der Gewerkschaftsbewegung und der einzelnen **Richtungen** innerhalb dieser Bewegung zu erfahren. Außerdem ist für jeden Gewerkschaftsfunktionär wichtigen „Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reich", dessen **Ausgabe für das Jahr** 1925 unlängst erschienen ist, seien folgende Zahlen und Angaben genannt:

Am Schlusse des Jahres 1925 wurden in Deutschland insgesamt 5,212,795 Arbeiter und 1,374,342 Angestellte durch Berufsorganisationen umfaßt. Sehr interessant ist die Verteilung dieser organisierten Arbeitnehmer auf die verschiedenen Richtungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Von den 6,587,139 Organisierten entfielen auf die

	Arbeiter	Angestellte
Freigewerkschaftl. Bewegung	1,182,511	128,185
Christlich nationale Bewegung	582,319	111,113
Freiheitl. nationale (D. T.)	137,571	313,102
Wirtschaftsfriedl. (Gelbe)	187,720	59,153
Syndikalisten usw.	61,586	
Konfessionelle Verbände	213,589	11,200
Selbständige Verbände	15,701	150,989

Diese Aufstellung ist in mancherlei Hinsicht bemerkenswert. Einmal kann man feststellen, daß auf die freigewerkschaftliche Richtung 69,9 Prozent, auf die christlich-nationale Richtung 15,1 Prozent, die freiheitlich nationale (Hirsch-Dunckersche) Richtung 7,2 Prozent und auf die übrigen Richtungen und Gruppen zusammen 7,8 Prozent der erfaßten Mitgliederzahl entfallen. Weiter kann man feststellen, daß in der freigewerkschaftlichen Gewerkschaftsbewegung die Arbeiter überwiegen, während bei den übrigen Gewerkschaftsrichtungen die Angestellten stark hervortreten. Es hat das seine historische Vorgeschichte. In einer verschrobenen Ideologie befangen, hielten es vor dem Kriege weite Kreise der Angestellten und Beamten nicht für richtig, sich mit der Arbeiterschaft gemeinsam auf den freigewerkschaftlichen Boden zu stellen. Eine Reihe von Angestelltenverbänden folgten damals den Fahnen Jungerschen und deutschnationalen Fahnen. In dieser verkehrten Ideologie hat sich die Revolution der sehr rührige und in der Angestelltenbewegung ohne Zweifel führend gewordene AfA-Bund freigewerkschaftliche Richtung Bresche geschlagen. Er bildet eine achtunggebietende Organisation. Unter den hier als „christlich-nationale Richtung" bezeichneten Angestellten rangiert hauptsächlich der politisch rechts orientierte Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DHV.), der unter dem Antrieb der Revolutionsereignisse sich veranlaßt sah, Anschluß bei einer der bestehenden Gewerkschaftsrichtungen zu suchen. Mit immerhin beachtlichen Zahlen marschiert bei derartigen statistischen Veröffentlichungen wieder die wirtschaftsfriedliche (gelbe) „Bewegung" auf. Ja in der Praxis von diesen Leuten so gut wie nichts zu merken ist, muß man hinter diese Zahlen ein arges Fragezeichen machen. Vor allem ist die Frage aufzuwerfen, ob nicht auch Unternehmer und andere Leute, die in diesem Gebilde die Hauptrolle spielen, mitgerechnet sind.

Der **Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund** (freie Gewerkschaften) umfaßt insgesamt 40 einzelne Gewerkschaften, von denen am Jahresschluß 1925 der Metallarbeiterverband mit 761,000 Mitgliedern der stärkste und die Filmgewerkschaft mit 1273 Mitgliedern der kleinste Verband waren. Auf die Zahlenstärke der übrigen freien Gewerkschaften braucht hier wohl nicht eingegangen zu werden.

Der „Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands" zerfällt in 19 einzelne Verbände.

Der „Verband der deutschen Gewerkvereine (GDV." zählt 20 verschiedene Verbände.

Auf die übrigen Zweigverbände und Gruppchen einzugehen, kann man sich wohl schenken. Bezeichnend ist jedoch, daß alle Richtungen in dem genannten Jahre 1925 einen mehr oder minder stabilen Mitgliederzuwachs aufzuweisen hatten. Schuld daran hatte die Wirtschaftskrise. Die sieben Gewerkschaften können inzwischen, wie bekannt, wieder von einer merklichen Aufwärtsbewegung reden.

Aus Beruf und Industrie

Gesundheitsschädigungen an Spezialmaschinen?

Auf der Generalversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Schuhindustrie wurde von Herrn Leonhard Stadler folgender, wohl auch die zuständige Gewerbeaufsicht interessierender Fall zur Sprache gebracht:

„Am 9. d. M. hat der Verein Erfurter Schuhfabrikanten dem Reichsverband der Deutschen Schuhindustrie ein Schreiben des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, Zahlstelle Erfurt, zugehen lassen, in welchem auf gesundheitsschädigende Erscheinungen bei langerer Tätigkeit an der Aufklopfmaschine hingewiesen wird und daß einigen Arbeitern die Finger oder auch die Hände anschwollen wurden, daß ferner Störungen eintraten und schwere Erkrankungen vorgekommen sind.

Dazu kann ich ausführen, daß bereits vor einigen Wochen in einer Berufsgenossenschaftlichen Sitzung mit Arbeitnehmern in Berlin diese Angelegenheit erörtert wurde. Nicht nur den anwesenden Schuhfabrikanten, auch den vier Revisionsbeamten war bis dahin von derartigen Erscheinungen nichts bekannt gewesen.

Ich habe aber sofort im Roßweiner Betrieb Ermittlungen angestellt. Das Ergebnis war, daß niemand etwas von solchen Tatsachen bisher gehört hatte, aber auf einschlägige Befragen glaubte ein Arbeiter, daß ich bei ihm auch schon verschieden Beschwerden gegeben hätten und daß er manchmal annehme, daß solche auf die aufklopfende Tätigkeit an der Aufklopfmaschine zurückzuführen seien. Ich war davon aber überzeugt als er selbst, und es ist daher sofort wieder, daß dem Uebel abgeholfen wird."

Uns sind die Klagen über Erkrankungsgefahren, die auf diesem Gebiete liegen, nicht neu. In einem Artikel in Nummer 13 laufenden Jahres haben wir uns auch bereits mit der Sache beschäftigt. Die Empfehlungen von berufsgenossenschaftlicher Seite sind jedenfalls der Beachtung wert, insbesondere auch die gegenüber den Maschinenfabriken. Wichtig erscheint, daß die Arbeiterschaft ihre Beobachtungen sortiert und von bemerkenswerten Wahrnehmungen unserer Verbandsleitung Mitteilung macht.

Haute und 1500 bis 1800 kg Gerberbrühe, welch letztere aus 700 bis 800 kg flüssigem Tanninextrakt von 20 Grad Baumé und etwas Terpentinessenz bestand. Zur Gerbung brauchte man bloß 21 bis 100 Stunden, während man nach dem alten Gerberverfahren dazu 3 bis 15 Monate brauchte. Vor allem wurde eine bedeutende Ersparnis an Arbeitern herbeigeführt. Wir können einstatt der 1907 in der deutschen Gerberei erwerbstätigen 53,000 Personen mit rund 30,000 auskommen.

Was nun die **Schuhmacherei** anlangt, so ist die Zahl der Erwerbstätigen ständig zurückgegangen, immerhin betrug sie noch 1907 369,906 gegenüber 302,946 im Jahre 1895 und 183,000 im Jahre 1882. Im Handbetrieb kann ein Arbeiter täglich nur ein Paar Schuhe fertigstellen. In den deutschen Schuhwarenfabriken wurden bereits in den neunziger Jahren vielfach 4 bis 5 Paar täglich angefertigt, und Frauke „Die Schuhmacherei in Bayern", Stuttgart 1896, S. 35) berichtet 8 bis 10 Paar Schuhe als erreichbares Maximum in einer vorzüglich eingerichteten Schuhwarenfabrik. In dem Staate Massachusetts wurde tatsächlich bereits 1875 eine Leistung von 296 Paar Schuhen (natürlich die Schuhe einfachster Art eingerechnet) auf einen Arbeiter im Jahre erzielt. Die durchschnittliche Schuhproduktion ist freilich zunächst niedriger: im Jahre 1901 wurden in Amerika hergestellt 242 Millionen Paar Schuhe für 320 Millionen Dollar. 1919 231 Millionen Paar für 1128 Millionen Dollar. Tätig waren in der Schuhmacherei 1919 230,000 Arbeiter mit 129,000 Pferdestärken Kraftmaschinen, auf einen jeden kamen also nur etwas über 1000 Paar Schuhe. Der mittlere Schuhverbrauch in Amerika beträgt also über 2½ Paar auf den Kopf. In Deutschland werden wir nicht so hoch gehen können, weil das Leder nicht ausreichen wird. Wir rechnen auf jeden Mann und jede Frau je 2 Paar Schuhe im Jahre, was durchaus genügend ist. Alsdann bekommen wir 20 × 2 = 40 Millionen Paar Männerschuhe zu 0,8 kg, davon 0,7 kg Leder; 22,5 × 2 = 45 Millionen Paar Frauenschuhe zu 0,7 kg, davon 0,65 kg Leder; 26 Millionen Paar Knaben- und Mädchenschuhe zu je 0,6 kg und etwa 13 Millionen Kinderschuhe zu 0,3 kg, zusammen also an Leder 40 × 0,7 + 45 × 0,65 + 26 × 0,6 + 13 × 0,3 = 76,75 Millionen kg Leder.

Den Arbeiterbedarf für die 40 + 45 + 26 + 13 = 124 Millionen Schuhe werden wir in Analogie mit den 1875er Leistungen in Massachusetts zu rund 64,000 ansetzen, dazu 30,000 Pferdestärken Kraftmaschinen."

Von der Schuhindustrie in Nordamerika

(AFS. Das Arbeitsstatistische Amt der Vereinigten Staaten hat kürzlich einen Bericht über Löhne und Arbeitszeit in der Schuhindustrie veröffentlicht. Der Bericht umfaßt 151 Betriebe in 14 Staaten, die 28,925 männliche und 22,770 weibliche Arbeitnehmer beschäftigen, d. h. 67 Prozent aller Lohnempfänger dieser Industrie in den betreffenden Staaten. Ein Vergleich der Ergebnisse dieser Erhebung mit einer Erhebung aus dem Jahre 1924 zeigt in bezug auf die Arbeitszeit eine Steigerung der wirklich geleisteten Arbeitsstunden von 48,9 Stunden wochentlich auf 49 Stunden für Männer und eine Arbeitszeitverkürzung von 49 Stunden wochentlich auf 48,5 Stunden wochentlich für Frauen. Somit wurde die durchschnittliche Arbeitszeit für beide Gruppen von 49 Stunden auf 48,7 Stunden wochentlich verkürzt. Die Durchschnittsstundenlöhne für Männer sind von 60,2 Cents auf 62,2 Cents gestiegen, die jenigen der Frauen von 39,1 auf 39,7 Cents. Demnach hat sich der Stundenlohn im Durchschnitt beider Gruppen von 51,6 auf 52,6 Cents erhöht.

30 Jahre Arbeitsfrieden in der Schuhindustrie Großbritanniens

Wie die „Gedenkschrift" berichtet, waren es im Mai d. J. 30 Jahre, daß in der englischen Schuhindustrie zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Vertrag zustandekam, der den dauernden Frieden in diesem Industriezweig gesichert hat. Damals hatte gerade die amerikanische Schuhindustrie die Maschinen und verbesserte Arbeitsmethoden eingeführt und dadurch eine Vorrangstellung in der Welt erobert. Die englische Schuhfabrikanten wollten dasselbe tun, aber die Arbeiter widersetzten sich der Einführung von Maschinen, wovauf eine allgemeine Aussperrung folgte, die so lange dauerte, bis die Arbeiterorganisationen keine Gelder mehr zur Fortführung des Kampfes aufbringen konnten. Der Frieden zwischen beiden Parteien kam dadurch zustande, daß zwischen dem Arbeitgeberverband und der Arbeitergewerkschaft vereinbart wurde, in Zukunft jede Streitsache einem Schiedsgericht vorzulegen, wobei eine Konventionalstrafe von 1000 Pfr. für jeden Weigerungsfall festgesetzt wurde. Darauf hielten die Maschinen ihren Einzug in die englischen Schuhfabriken, und die Arbeiterschaft hatte sich in kurzer Zeit an diese neue Produktionsweise gewöhnt. **Heute ist die Arbeitergewerkschaft der Schuhindustrie die reichste innerhalb der englischen Arbeiterbewegung,** doch ihre Gelder dienen jetzt nur zur Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, für Pensionen und hin und wieder, um einer befreundeten Organisation bei einem Streik auszuhelfen. — Ob sich die Kämpfe in England vor dreißig Jahren so abgespielt haben, wie hier geschildert ist, insbesondere, ob die Arbeiter gegen die Einführung von Maschinen gewesen sind, mag dahingestellt bleiben. Auch in Deutschland entwickelten sich bekanntlich bei Einführung der Maschinen, insbesondere der Zwickmaschinen, eine Kette von Konflikten. Die Kämpfe richteten sich aber eigentlich nicht gegen die Einführung der Maschinen an sich, sondern gegen die niedrige Bezahlung, die den Arbeitern dabei geboten wurde. Ähnlich mag es wohl auch in England gewesen sein. Wenn es in England möglich war, manuelle dreißig Jahre friedlich auszukommen, so mag die verständige Haltung der Unternehmer dazu beigetragen haben, auf der anderen Seite aber — und das ist wesentlich —, die Kraft und Stärke der Arbeiterorganisation. In dieser Beziehung können die Arbeiter der verschiedenen Länder von der Arbeiterbewegung Englands lernen.

Aus den russischen Gewerkschaften

(RZF.) Die russischen Gewerkschaften neigen immer mehr dazu, sich nach außen hin abzuschließen, den Zustrom von neuen Mitgliedern aus den Reihen der Arbeitslosen und insbesondere aus den Reihen der in die Städte zuwandernden proletarisierten Bauern zu erschweren. Es wird dies dadurch erreicht, daß man die Aufnahme von Arbeitslosen in die Gewerkschaften grundsätzlich ablehnt. Selbst nachdem es einem unorganisierten Arbeitslosen gelungen ist, Arbeit zu bekommen, was für einen gewerkschaftlich Unorganisierten besonders schwierig ist, und er noch nicht bald in die Gewerkschaft aufgenommen. Hat er insbesondere eine Arbeit bekommen, die einen „zeitweiligen" Charakter hat, so darf er erst nach einem Monat sich dem Verband anschließen. Dabei ist die „zeitweilige" Anstellung von Arbeitern und Angestellten heute in Rußland sehr weit verbreitet, da die Wirtschaftler sich auf diese Weise einer Reihe von sozialpolitischen Pflichten zu entledigen suchen.

Eben hat nun der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion beschlossen, den Eintritt solcher „zeitweiligen" Arbeitnehmer in die Gewerkschaften noch weiter zu erschweren. Den nun ab sind sie beitrittsberechtigt, erst nachdem sie volle zwei Monate — seltsen sie einen zeitweilig abwesenden Arbeitnehmer vertreten, erst nachdem sie volle vier Monate — beschäftigt gewesen sind. („Trud" vom 21. Mai.)

Bis jetzt gelang es einem Teil der Arbeitslosen, auf dem Umweg über die sogenannte „Arbeitskollektive" (eine Art Produktivgenossenschaften, geschaffen und geleitet von den Arbeitsämtern als eine Einrichtung der produktiven Erwerbslosenfürsorge) die gewerkschaftliche Mitgliedschaft zu erlangen. Jetzt will man ihnen auch diesen Weg versperren. („Trud" vom 21. Mai.)

Zu gleicher Zeit sucht man die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder nach Möglichkeit abzuschütteln. Der Zentralrat der Gewerkschaften hat soeben ein Rundschreiben erlassen, das den Arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern unter Androhung des Ausschlusses aus dem Verband zur Pflicht macht, sich bei den Arbeitsnachweisen in die Listen der Arbeitslosen eintragen zu lassen und die ihnen angebotene Arbeit anzunehmen, auch wenn sie ihrem Berufe nicht entspricht und u. U. mit einem Verzug in eine fremde Stadt verbunden ist. („Trud" vom 19. Mai.)

Mit einer derartigen Abschließungspolitik geht die russische Bewegung Bahn, die von den Transitstaaten in Westeuropa her worten werden. Bekanntlich ist es in Rußland auch sehr erschwert, in die maßgebende Parteiorganisation als Mitglied aufgenommen zu werden. Die neueren Bestrebungen in den Gewerkschaften bilden dazu ein Gegenstück. Was wir in Westeuropa für richtig erblicken, ist, durch Ueberzeugung Mitglieder zu gewinnen. Wir stoßen niemand zurück, benutzen uns allerdings dazu, ideell alle zur gleichen Solidarität zu erziehen. Nach dieser Anschauung wurde in der Ideologie der europäischen Gewerkschaften auch die Abschließungspolitik, wie sie in Amerika gegen Ungelernte oder gegen über den Einwanderern geübt wurde, im Zinne der Gesamtbewegung stets als verfehlt angesehen.

Zum Kapitel: „Urlaub und Erholungsheime in Rußland"

Unter der Ueberschrift „Urlaub und Erholungsheime in Rußland" erschien im „Schuhmacher" Nr. 24 vom 8. Juni 1927 ein Artikel von Artur Koch (Wiesbach), der nicht unwidersprochen bleiben darf. Um es vorweg zu sagen, ich gehöre zu denjenigen Arbeitern, die nicht mit allem zufrieden sind, was die Arbeiterschaft bisher erreicht hat, aber die Errungenschaften, welche erreicht sind, werde ich keinesfalls verkleinern. Ganz anders aber lautet der genannte Artikel.

Die Folgerung, daß von den 2,000,000 Berufstätigen in Moskau im Jahre 1925/1926 nur 73,227 Arbeiter und Angestellte in die russischen Erholungsheime befördert worden sind, also rund der 27. Teil, und demnach die Feststellung zu machen wäre, daß ein Moskauer Arbeiter durchschnittlich alle 27 Jahre dort seinen Urlaub im Erholungsheim verbringen kann, also höchstens zweimal im Leben, kennzeichnet so recht die Einstellung des Artikelschreibers, zu dem, was die russische Arbeiterschaft auf sozialem Gebiet gegenüber früher erreicht hat. Dasselbe nüchterne Exempel wiederholt sich nochmals am Schluß des Artikels, indem gesagt ist, daß nur alle 23 Jahre die Aussicht auf einen Platz im Erholungsheim besteht. Ich bezweifle nicht die Richtigkeit der Zahlen, die angegeben, aber die Aufmachung ist meines Erachtens eines Arbeiters unwürdig.

Es würde zu weit führen, Gegenerzählungen aufzumachen. Ich möchte aber den Verfasser z. B. verweisen auf die Zeitschrift der „Arbeiter-Samariter" Nummer 2 und 3 des Jahres 1927, welche nicht kommunistisch geleitet ist, in welcher ein Arzt Dr. Schönberger aus Chemnitz über das Gesundheitswesen und seine Reiseindrücke in Sowjet-Rußland schreibt. Dieser Mann ist gewiß ein unverdächtiger Zeuge, der vieles, was errungen ist, lobend anerkennt.

Zum Schluß könnte man dem Verfasser zu auch verschiedene Gegenfragen stellen. Z. B.: Wieviel mal im Leben kann jeder deutsche Arbeiter, welcher erholungsbedürftig ist bzw. Urlaub hat, in den Bädern der Ost- und Nordsee weilen? oder: Wieviel Paläste und Villen des früheren deutschen Kaisers und der ehemals regierenden Fürsten dienen als Erholungsheim für Arbeiter und Angestellte in Deutschland? Ständer, Breslau.

Bemerkung der Redaktion. Die Entgegnung des Kollegen Ständer bestätigt, daß wir nicht unrecht taten, dem Artikel von Koch Raum zu gewähren. Tatsachenfeststellungen dienen immer dazu, den Sinn für die realen Verhältnisse zu schärfen. Kollege Ständer verkennt offenbar, worauf es Koch ankam, nämlich, allerlei nur schönfärberischen Berichten gegenüber volle Wahrheit und Klarheit zur Geltung zu bringen. Weder den Arbeitern Rußlands noch Westeuropas ist mit der Verbergung von Schwierigkeiten gedient. Der Artikel ist jedenfalls ganz objektiv. Sein Verfasser ist wohl auch weit entfernt, nicht auch das Gute, was erreicht ist, anzuerkennen. Die Arbeiterbewegung muß aber im Interesse ihres Fortschritts es vermeiden, daß irgendwie unklare Vorstellungen Boden gewinnen. Das wäre eine Ermutigung zu einer verkehrten Mentalität.

Den Schlußfragen des Kollegen Ständer fehlt die Logik. Der Verfasser des beanstandeten Artikels wird für sich in Anspruch nehmen können, daß es nicht ihm zur Last zu legen ist, wenn in Deutschland seinerzeit die proletarische Revolution zum Fehlschlag verurteilt wurde.

Der Lohn ward geringer — die Teuerung stieg

Die Bremer Arbeiterkammer setzt in Nummer 3 der „Wirtschaft und Arbeit" ihren Bericht über das Wirtschaftsjahr 1926 fort. Auch dieser Teil enthält lesenswerte Abhandlungen. Uns interessiert hauptsächlich die Feststellung über die Lohnbude der bremischen Arbeiterschaft, die die Kammer in eingehenden Untersuchungen festgestellt hat. Die Lohnbudgetzeit der Kammer erfaßt nicht nur die Tariflöhne, sondern die tatsächlichen Verdienste von durchschnittlich 14,000 gelernten und 11,000 ungelernten Arbeitern Bremens. Das Ergebnis ist folgendes:

	Teuerungsindex	Reallohn gemessen am Teuerungsindex		
		Facharbeiter	ungelernte Arbeiter
Januar 1924	100	100	100
Januar 1926	137,9	87,5	89,—
April 1926	137,9	91,6	92,—
Juli 1926	141,8	89,6	90,4
Oktober 1926	139,1	91,5	92,7
Dezember 1926	143,3	86,—	88,6

Der Reallohn ist also im Vorjahre in Bremen sehr schwankend gewesen. Er hat aber keine Erhöhung, sondern eine Verminderung erfahren. Und dies, während die Teuerung stieg. Der höchste Wochenverdienst der erfaßten Handwerker war 1926 noch um 23 ℳ, der der ungelernten Arbeiter um 77 ℳ niedriger als im Oktober 1925. Bemerkenswert ist, daß die Industriebetriebe ihren Facharbeitern trotz längerer Arbeitszeit, überwiegender Akkordarbeit und teilweise weitestgehender Rationalisierung im Durchschnitt 8,30 ℳ weniger zahlten als die Handwerksbetriebe. Diese Feststellung der Kammer ist besonders wichtig. Die Industrie prahlt immer damit, daß sie die höchsten Löhne zahle und hier stellt es sich heraus, daß die Löhne des Handwerks um einen guten Teil höher sind, als diejenigen der Industrie. Diese allgemeinen Feststellungen, die die Bremer Arbeiterkammer getroffen hat, sind in allen Teilen beachtenswert. Klar und deutlich geht daraus hervor, daß während die Teuerung stieg, die Löhne sanken und nun komme noch jemand und bestreite die Notwendigkeit, daß die Einkommensverhältnisse der Arbeiter und Angestellten verbesserungsfähig sind.

Erhöhung der Renten in der Invalidenversicherung

Nach Artikel 2 Abs. 1 des Gesetzes über Leistungen und Beiträge in der Invalidenversicherung vom 8. April 1927 ist für die Zeit ab 1. Juli 1927 eine Verdoppelung der Zusatzsteigerung zu gewähren, und zwar bei allen Renten, die vor dem 1. April 1927 festgestellt sind, mindestens am 1. Juli 1927 noch laufen und einen Steigerungsbetrag für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober 1921 enthalten. Im einzelnen ergibt sich hiernach folgendes:

1. Diejenigen Invaliden-, Alters- und Krankenrenten, die vor dem 1. April 1925 festgesetzt sind, haben bei der Umrechnung aus Anlaß des Gesetzes vom 23. März 1925 grundsätzlich eine Zusatzsteigerung bekommen. Bei der jetzigen Umrechnung ist darauf zu achten, ob der bei der Rentenberechnung ziffernmäßig festgehaltene Jahresbetrag an Steigerungen nur Zusatzsteigerungen enthält oder daneben auch noch Steigerungsbeträge aus Beitragszeiten nach dem 1. Januar 1921. Für letztere gibt es nicht die Verdoppelung.

2. Verdoppelt wird der Zusatzsteigerungsbetrag bei den Invaliden-, Alters- und Krankenrenten, die seit dem 1. April 1927 festgesetzt sind und am 1. Juli 1927 laufen. In diesen Rentenbeträgen werden regelmäßig sowohl Zusatzsteigerungen aus den früheren Lohnklassen II bis V als auch Steigerungsbeträge aus den neuen Goldmark- bzw. Reichsmark Beiträgen enthalten sein.

3. Die Verdoppelung der Zusatzsteigerung betrifft auch alle Hinterbliebenenrenten, sofern sie seit dem 1. April 1925 und vor dem 1. April 1927 festgesetzt sind und am 1. Juli 1927 laufen.

4. Auch die bisher von der Zusatzsteigerung ausgeschlossenen Hinterbliebenenrenten erhalten nunmehr die Zusatzsteigerung, aber frühestens für Rentenbezugszeiten vom 1. Juli 1927 an. Voraussetzung ist, daß es sich um Hinterbliebenenrenten handelt, die vor dem 1. April 1925 festgestellt sind und mindestens am 1. Juli 1927 noch laufen. Die Zusatzsteigerung wird jedoch nicht gewährt, wenn sie bei einer Witwe den Jahresbetrag von 6 ℳ und bei der einzelnen Waise den Jahresbetrag von 3 ℳ nicht erreicht, was nur für Ausnahmefälle zutreffen wird. d.

Bekanntmachungen des Zentraltarifamts für die Schuhindustrie

Tagesordnung des Zentraltarifamtes für die Schuhindustrie für die Sitzung am Montag, 27. Juni 1927, vormittags 10½ Uhr, im Reitersaal, kleiner Saal, zu Berlin, Köthener Straße 38.

Berufungen:

1. Zentralverband der Schuhmacher gegen die Firma Erfurter mechanische Schuhfabrik A.-G. in Erfurt. Urteil der B. T. C. Erfurt vom 1. September 1926. — II. 11. 26.

2. Zentralverband der Schuhmacher gegen die Firma Ernst Binder, Schuhfabrik in Neukuhlen o. E. Urteil der B. T. C. Tuttlingen vom 22. November 1926. — II. 11. 26.

3. Firma Julius Christmann, Schuhfabrik in Thalheim-Weiler, gegen den Zentralverband der Schuhmacher. Urteil der B. T. C. Pirmasens vom 16. April 1927. — II. 6. 27.

4. Zentralverband der Schuhmacher gegen die Firma A. Dornbusch, Schuhfabrik in Breslau. Urteil der B. T. C. Breslau vom 2. Mai 1927. — II. 7. 27.

5. Firma Geb. Nebon, Schuhfabrik in Löbau i. Sachsen, gegen den Zentralverband der Schuhmacher. Urteil der B. T. C. Dresden vom 1. Mai 1927. — II. 8. 27.

6. Firma Hermann Tauscan, Ball- und Luxusschuhfabrik in Berlin, gegen den Zentralverband der Schuhmacher. Urteil der B. T. C. Berlin vom 31. Mai 1927. — II. 9. 27.

7. Zentralverband der Schuhmacher gegen die Firma Carl Thomas, Schuhfabrik in Zerau. Urteil der B. T. C. Berlin vom 31. Mai 1927. — II. 10. 27.

8. Zentralverband der Schuhmacher gegen die Firma August Voigt, Schuhfabrik in Burg bei Magdeburg. Urteil der B. T. C. Burg vom 2. Juni 1927. — II. 11. 27.

Berlin, 17. Juni 1927.

gez. Dr. Gerkel, Vorsitzender.

Literatur

Der „Wahre Jacob", der im 1. Juli d. J. vom Verlag J. H. W. Dietz Nachf. erneut herausgegeben wird, hat in der Blätterliteratur Deutschlands eine überaus bedeutsame Rolle gespielt. Sein Begründer Heinrich Dietz verstand aus dem „Wahren Jacob" in einer Zeit, die die Witzblätter Deutschlands weit weg von der Zeitte des werktätigen, ringenden Volkes abgewandt hatte, eine Zeitschrift zu machen, die sofort zum Herzen des Volkes sprach. Geschickt wußte sich der 1887 herausgebrachte „Wahre Jacob" in den ersten Jahren seines Bestehens den Maßregeln des Ausnahmegesetzes zu entwinden; als das Schandgesetz fiel, wurde das Blatt schnell zu einem künstlerisch, literarisch und politisch wertvollen Futter der deutschen Oeffentlichkeit. Krieg und Inflation jedoch führten zu einer zeitweiligen Einstellung des Blattes. Wenn jetzt der „Wahre Jacob", actrem den kulturreichen Richtlinien seines Begründers, entsprechend den Verhältnissen von 1927 im 40. Jahrgang wieder ins Leben erstehen wird, scheinbar in der Satire, flott im Humor, so wird er, an Stelle von „Lachen Links" treten und, die Zwischenzeit aller derer für sich haben, die den Wert der politischen Zeitschriften haben und die das Lachen in ernster Zeit nicht zu verlernen gewillt sind.

Kulturwille Heft 4, 1927, behandelt das Thema Utopia — Zukunftsland. Dieses Heft ist dadurch besonders wertvoll, daß es neben einem interessanten Ueberblick über die Zukunftsliteratur die reaktionären Tendenzen der utopischen Literatur aufzeigt. — Die Zeitschrift „Kulturwille" kostet jährlich RM 2.40. — Probenummern kostenlos vom Verlag Arbeiterbildungs-Institut Leipzig C 1, Brühlstraße 17.

„Gesundheit", Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des werktätigen Volkes. — Die Juni-Nummer der lesenswerten Zeitschrift ist der sozialhygienischen Aufklärung auf dem Lande gewidmet. Die „Gesundheit" (Herausgeber der Schrift: Hauptverband Deutscher Krankenkassen) wird an den Schaltern der Krankenkassen jedem Versicherten unentgeltlich ausgehändigt.

Ein neuer Schnittmuster Katalog. Zeitens der Schnittmuster-Zentrale Hugo Kunze, Gerstenthal (Thür.), wird ein neuer illustrierter Katalog für Modelle erstellt, welcher eine große Zahl Modelle der gangbarsten Schuharten enthält. Es kann jedem Schuh- und Schäftemacher nur empfohlen werden, sich diesen Gratiskatalog kommen zu lassen und sich im Bedarfsfalle desselben zu bedienen.

„Wohnungswirtschaft", die Zeitschrift der gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Wohnungsfürsorgegesellschaft „Gewog", Deutsche Wohnungsfürsorge Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, Berlin S 14, Anlestraße 6, Publikationsorgan der Gewog-Revisionsverbände. Das soeben erschienene umfangreiche Zonderheft dieser Zeitschrift, die Nr. 10/12, enthält eine Anzahl interessanter Arbeiten über aktuelle Probleme des gemeinnützigen Wohnungsbaues.

„Die Leuchtkäfer." Von dieser humoristisch-satirischen Monatsschrift, die vornehmlich im Interesse der Friedensbewegung wirkt, ist soeben das sechste Heft erschienen. In gewohnter ausgezeichneter Weise nimmt die Monatsschrift in Wort und Bild die Feinde der Friedensfür- und Arbeiterbewegung aufs Korn. Jedes Monatsheft kostet 20 Pfg., Jahresabonnement 2.40 ℳ. Der Verlag, Wien IV, Mittersteig 3 A, versendet Probehefte.

„Die Arbeit", Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Anlestraße 6. Preis 1 ℳ. Im Juli 5 des laufenden Jahrganges ist behandelt die italienische faschistische Arbeitsverfassung, die Frage der Arbeitsvermittlung und Arbeitsmarktpolitik, der Reaktionsentwurf zur Arbeitslosenversicherung und noch sonst manch wichtiges Gebiet.

Grundfragen des Arbeiterrechts. Fünf Vorträge von Hugo Sinzheimer, Georg Flatow, Heinrich Potthoff, Clemens Nörpel, Lyn Richter. Herausgegeben von Gertrud Hermes. 56 Seiten. 1927. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin, Anlestraße 6. Preis 1.80 ℳ.

Die Broschüre will den Zusammenhang zwischen der gewerkschaftlichen arbeitsrechtlichen Praxis und der Wissenschaft beleuchten. Sie stellt das große Gebiet des Arbeitsrechtes in seinen wissenschaftlichen, politischen und sozialpädagogischen Beziehungen dar.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes

Vom 26. Juni bis 2. Juli 1927 ist der **27.** Beitrag fällig.

Genehmigung von wöchentlichen Lokalbeiträgen

Auf Grund des § 6, Ziff. 1 des Statuts wurde der Zahlstelle **Aalkringen (Mittelmoselgau)** die Genehmigung erteilt, ab 1. Juli 1927 27 Pfennig pro Mitglied und Woche zu erheben.

Auf Grund des § 6 Ziffer 1 des Statuts wurde den nachstehenden Zahlstellen die Genehmigung erteilt, ihre Lokalbeiträge wie folgt festzusetzen:

Der Zahlstelle **Dortmund** wurde genehmigt, vom 3. Juli (27. Beitragswoche) ab den bisherigen Lokalbeitrag von 15 ₰ in allen Beitragsklassen auf 10 ₰ pro Mitglied und Woche festzusetzen.

Der Zahlstelle **Siegburg** wurde genehmigt, vom 3. Juli (27. Beitragswoche) ab von den Mitgliedern in allen Beitragsklassen einen Lokalbeitrag von 15 ₰ pro Mitglied und Woche zu erheben.

Der Zahlstelle **Tuttlingen** wurde genehmigt, vom 3. Juli (27. Beitragswoche) ab den Lokalbeitrag in der 3., 4. und 5. Beitragsklasse von 10 ₰ auf 15 ₰ pro Mitglied und Woche zu erheben.

Wir machen darauf aufmerksam, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, diesen Lokalbeitrag zu bezahlen und daß bei Nichtbezahlung dieses Beitrages Ausschluß aus dem Verbande gemäß § 8 Ziffer 2a des Statuts erfolgen kann.

Wir machen darauf aufmerksam, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, diesen Lokalbeitrag zu bezahlen, da bei Nichtbezahlung gemäß § 8 des Statuts der Ausschluß aus dem Verband erfolgen kann.

Nürnberg, den 25. Juni 1927. Der Vorstand.

Druck: Fränkische Verlagsanstalt u. Buchdruckerei G. m. b. H., Nürnberg. Verlag: Zentralverband der Schuhmacher (A. Simon), Nürnberg, Essenweinstraße 1.

ANZEIGEN

Suche sofort jüngeren tüchtigen
Zuschneider
für Kinderschuhe und Sport.
Ernst Hauser, Schuhfabrik
Pirmasens bei Waldfimmern

Gesuchten
Zuschneider
für feinere Lederstoffen suchen
Weis & Co., Schuhfabrik AG.
Gonsenheim bei Mainz